BDI

POSITION | ROHSTOFFPOLITIK | HEIMISCHE ROHSTOFFE

Rohstoffe Made in Germany – Schlüssel für eine nachhaltige Wirtschaft

Juli 2022

Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine und die Auswirkungen der Corona-Pandemie haben deutlich gezeigt, wie wichtig die Versorgungssicherheit im eigenen Land ist. Die hier produzierten Erzeugnisse machen Deutschland unabhängiger von Importen. Dies gilt insbesondere für die Versorgung mit Rohstoffen, aus denen alltäglich notwendige Produkte und Gegenstände hergestellt werden. Primärrohstoffe wie Steine und Erden, Kies, Sand, Kalkstein, Gips und Ton ermöglichen nicht nur den Infrastruktur- und Wohnungsbau, der für die laufende Legislaturperiode zu einem prioritären Thema gemacht wurde, sondern bilden die Grundlage für u. a. die chemische Industrie, die Lebensmittelbranche, die Stahlindustrie, die Keramikindustrie sowie nachhaltiges Leben und Wirtschaften. Ohne mineralische Rohstoffe kann die angestrebte Energiewende nicht gelingen.

Neben metallischen Rohstoffen, wie z. B. Lithium, Kobalt, Nickel, Kupfer, Zinn, Indium und Seltene Erden für Windräder, Photovoltaikanlagen, Batterien oder Elektroautos, bedarf es mineralischer (Bau-)Rohstoffe und hochwertiger Industrieminerale (z. B. Quarzsande, Kaolin, Tone und Flussspat). Mineraldünger und Salz aus heimischem Abbau sichern nachhaltig die europäische Lebensmittelproduktion. Heimisches Erdgas wird noch für viele Jahre als bezahlbarer Energieträger relevant für die sichere Energieversorgung in Deutschland sein, ebenso gemäß Kohleverstromungsbeendigungsgesetz (KVBG) bis 2038 die heimische Braunkohle.

Digitalisierung und die grüne Transformation von Gesellschaft und Wirtschaft werden die Nachfrage nach Rohstoffen und folglich die Preise massiv treiben. Es zeichnet sich bereits heute ab, dass die Nachfrage deutlich größer als das Angebot sein wird. Die Regierung sollte umgehend geeignete Rahmenbedingungen schaffen, um Versorgungsengpässen und massiven Preissteigerungen soweit als möglich entgegen zu wirken.

Es braucht daher eine Stärkung der heimischen Rohstoffförderung als wichtige Säule der Rohstoffsicherheit Deutschlands. Sie verringert die Importabhängigkeit und erhöht damit die Versorgungssicherheit. Bei der Rohstoffgewinnung gilt es somit über das „Wie“ zu reden, nicht über das „Ob“, damit Rohstoffe auch zukünftig wettbewerbsfähig aus heimischem Abbau gewonnen werden können. Neben Recyclingrohstoffen und Importrohstoffen tragen die heimischen Rohstoffe maßgeblich zum Erreichen der politischen und gesellschaftlichen Nachhaltigkeitsziele bei. Dabei ist jede Tonne heimischer Abbau ein Beitrag zum Klima- und Umweltschutz, da kaum ein anderes Land der Erde mit vergleichbaren Standards und Rahmenbedingungen produziert.

Handlungsempfehlungen

1. Bedeutung der heimischen Rohstoffförderung anerkennen

Die Politik sollte den Wert heimischer Rohstoffe anerkennen, die gesetzliche Regulierung dahingehend ausgestalten, dass die Bodenschätze zum Nutzen der Gesellschaft gehoben werden können, und EU-Vorgaben im Vollzug umsetzen. Es bedarf einer faktenbasierten, sachlichen politischen Begleitung rohstoffgewinnender Aktivitäten.

2. Die Akzeptanz von heimischer Rohstoffgewinnung durch politische Unterstützung stärken

Rohstoffe braucht und gebraucht jeder. Die heimische Rohstoffindustrie steht mehr denn je unter dem Vorbehalt gesellschaftlicher Zustimmung, der sogenannten „social licence to operate“, und braucht die Akzeptanz der Menschen – die Unterstützung der Politik ist hierfür Grundvoraussetzung. Die Politik sollte die gesellschaftliche Akzeptanz durch Aufklärung und Bildungsmaßnahmen fördern. Ähnlich wie bei der Windkraft sollten Anreize für die Kommunen zur positiven Begleitung der Rohstoffgewinnung geschaffen werden.

3. Planungsbeschleunigung auch bei heimischer Rohstoffgewinnung umsetzen

Die regulatorischen Hürden, der hohe bürokratische Aufwand und die Jahre dauernden Planungsverfahren bedeuten für deutsche Unternehmen einen signifikanten Wettbewerbsnachteil. Die im Rahmen der Energiewende aktuell diskutierten Maßnahmen hinsichtlich der im Koalitionsvertrag angestrebten Planungsbeschleunigung sollten zwingend uneingeschränkt auch für die heimische Rohstoffindustrie Anwendung finden. Bei der Beschleunigung von Genehmigungsverfahren spielt die Digitalisierung ebenso eine Rolle, wie die Änderung des Verfahrensrechts. Es bedarf zudem einer Stärkung der Genehmigungsbehörden durch vollständige Bündelung der Verfahren in einer qualifizierten Hand mit ausreichend starker personeller Ausstattung und Sachkompetenz in den Behörden.

4. Modernes Genehmigungsrecht für eine rechtssichere Rohstoffgewinnung gewährleisten

Effiziente und transparente Genehmigungsverfahren sind ein wesentlicher Baustein für die rechtssichere Zulassung von neuen Vorhaben bzw. die Erweiterung bestehender Betriebe. Das Bundesberggesetz, das Bundes-Immissionsschutzgesetz, das Wasserhaushaltsgesetz und das Bundesnaturschutzgesetz sind nach jahrzehntelanger Verwaltungspraxis dazu bestens geeignet. Ein modernes Genehmigungsrecht berücksichtigt nicht nur alle Umweltaspekte und garantiert die Beteiligungs- und Klagerechte der Bürger, sondern ermöglicht auch rechtssichere Vorhabengenehmigungen, die in der Praxis erheblich schneller erteilt werden. Unternehmerisches Handeln und die Bereitschaft zu hohen Investitionen erfordern zwingend einen berechenbaren Rechtsrahmen und zeitlich begrenzte verwaltungs- bzw. genehmigungsrechtliche Umsetzungsfristen. Dazu zählt auch die Rechtssicherheit bei Umweltverträglichkeitsprüfungen und die Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnismäßigkeit bei Umweltauflagen. Um für alle Beteiligten Rechts- und Planungssicherheit zu erreichen, sollte geprüft werden, wie die Präklusion im Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz wieder eingeführt werden kann.

5. Zugang zu Lagerstätten langfristig und bedarfsunabhängig sichern

Die Rahmenbedingungen für Exploration und Abbau von Rohstoffen sollten in Deutschland so gestaltet werden, dass die Versorgung mit Rohstoffen aus heimischen Lagerstätten langfristig sichergestellt werden kann. Die Rohstoffgewinnung muss auf die geologischen Gegebenheiten Rücksicht nehmen. Ein Rohstoff lässt sich nur dort gewinnen, wo er lagert. Die dafür notwendigen und verhältnismäßig sehr kleinen Flächen (rund 0,005 % des Bundesgebiets) sollten langfristig und bedarfsunabhängig gesichert werden. Sie dürfen nicht anderweitig überplant oder genutzt werden. Der Zugang zu Rohstofflagerstätten und die Abbaugebiete für Rohstoffe sollten deshalb konsequent raumordnerisch und unabhängig von einem konkreten zeitlichen Bedarf sehr langfristig gesichert werden. Der Bund sollte in Kooperation mit den Ländern eine bessere Planungssicherheit schaffen.

6. Modernisierung des Bergrechts muss der Zielsetzung Rohstoffgewinnung dienen

Die im Koalitionsvertrag vorgesehene Modernisierung des bewährten und gut eingespielten Bundesbergrechts sollte dringend im engen Austausch mit der deutschen Rohstoffwirtschaft erfolgen. Ein gutes Bergrecht sollte weiterhin eine ausgewogene Betrachtung von Ökologie, Ökonomie und sozialen Zielsetzungen schaffen, um Bergbau in Deutschland langfristig zu ermöglichen.

7. Drei-Säulen-Ansatz für eine nachhaltige Rohstoffversorgung berücksichtigen

Keine der drei Säulen (heimische Rohstoffe, Recyclingrohstoffe, Importrohstoffe) ist im Rahmen einer sicheren Rohstoffversorgung Deutschlands verzichtbar. Mit effizienten Verfahren bietet das Recycling an vielen Stellen bereits gute Möglichkeiten, um Ressourcen zu schonen. Richtig ist aber auch: Wenn Deutschland Importabhängigkeiten reduzieren, den Wohlstand erhalten und die Klimaschutzziele erreichen will, ist es erforderlich, die heimische Rohstoffförderung dort, wo Recycling nicht in ausreichendem Maß zur Versorgung beitragen kann, gezielt zu stärken.

8. Überregional bedeutsame Rohstoffe über höhere Verwaltungsebenen sichern

Rohstoffe, die überregional (landes- oder bundesweit) bedeutsam sind, aber aus geologischen Gründen nur in bestimmten Regionen vorkommen, sollten über höhere Verwaltungsebenen gesichert werden. § 17 Abs. 3 Raumordnungsgesetz gilt es mit Leben zu füllen.

9. Stärkung der Rohstoffsicherung in der Regionalplanung

Fehleinschätzungen bei der lokalen und überregionalen Versorgungssicherheit müssen vermieden werden. Dafür sollte die fachliche Betreuung der Regionalplanung im Bereich Rohstoffsicherung gestärkt werden – z. B. durch einen obligatorischen, fachlich versierten Verwaltungshelfer oder Amtshilfe der Geologischen Dienste.

10. Natur auf Zeit: Standardisierung des Naturschutzes vorantreiben

Bergbau greift naturgemäß in die Umwelt ein. Die Aufrechterhaltung unserer hohen Lebensqualität ist ohne eine begrenzte Inanspruchnahme von Natur und Umwelt nicht möglich. In vielen Debatten werden jedoch Natur und industrielle Produktion gegeneinander ausgespielt. Dabei findet die Rohstoffgewinnung in Deutschland unter höchsten Naturschutzstandards statt. Die Bedeutung normierter und optimierter Naturschutzmethoden im Planungsrecht nimmt daher stetig zu. Nur so kann Rechts- und Verfahrenssicherheit auf allen Planungsebenen erhöht werden. Rohstoffgewinnung und Naturschutz sind ausweislich § 54 Abs. 10a BNatSchG kein Widerspruch. Die hierin geregelte Rechtsverordnung sollte schnellstmöglich umgesetzt werden.

11. Nachbergbau, Rekultivierung und Renaturierung rasch umsetzen

Nach Beendigung der Rohstoffgewinnung sollte ein zügiger Übergang zu einer Nachnutzung der Flächen in enger Abstimmung von Behörden, Rohstoffunternehmen und Kommunen erfolgen.

12. Rohstoffförderung nach marktwirtschaftlichen Mechanismen ausrichten

Rohstoffgewinnung ist eine wirtschaftliche Betätigung von volkswirtschaftlicher Bedeutung. Sie schafft hochwertige Arbeitsplätze, sichert die Existenz von Unternehmen und stärkt die Regionen. Wie in anderen Branchen bilden Bedarf, Wettbewerb und Markt die Grundlage. Daher ist die Einführung von Primärbaustoffsteuern durch den Bund kontraproduktiv. Eine ökologische Lenkungswirkung würde u. a. aufgrund des bedarfsdeckenden Charakters der Steine-Erden-Gewinnung verfehlt. Stattdessen droht eine rein fiskalische Verteuerung des Bauens wichtige politische Ziele zu konterkarieren. Dies gilt z. B. für die Sanierung und den Neubau bezahlbaren Wohnraums sowie für die dringend erforderliche Sanierung der Bahn- und Straßeninfrastruktur.

13. Standort Deutschland wettbewerbs- und zukunftsfähig gestalten

Um international wettbewerbsfähig zu sein, bedarf es konkurrenzfähiger Energiepreise, zukunftssicherer Erkundungs- und Förderperspektiven und einer nachhaltigen Transportinfrastruktur in Deutschland. Die Förderung möglichst geschlossener Wertschöpfungsketten stärkt den Standort ebenso wie die Sicherung gut ausgebildeter und hochqualifizierter Fachkräfte. Dekarbonisierung und Klimaneutralität können nur mit einem umfassenden Carbon-Leakage-Schutz gelingen. Zugleich ist es unabdingbar, dass (grüner) Strom in allen Phasen des Umbaus der Wirtschaft ausreichend und zu wettbewerbsfähigen Preisen verfügbar ist, um der Rohstoffwirtschaft Planungssicherheit zu geben.

Impressum

Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI)
Breite Straße 29, 10178 Berlin
www.bdi.eu
T: +49 30 2028-0

Lobbyregisternummer: R000534

Redaktion

Matthias Wachter
Abteilungsleiter
Internationale Zusammenarbeit, Sicherheit, Rohstoffe und Raumfahrt
T: +49 30 2028-1579
M.Wachter@bdi.eu

Sarah Hillmann
Referentin Rohstoffe und Raumfahrt
Internationale Zusammenarbeit, Sicherheit, Rohstoffe und Raumfahrt
T: +49 30 2028-1419
S.Hillmann@bdi.eu

BDI Dokumentennummer: D 1568